

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

22. November
2021

1. LEAG lässt offenbar absichtlich Kohle ungenutzt, um Tagebaue nicht zu verkleinern
2. Streit um Wasserwerk eskaliert: Frankfurter Wasserkunden müssen für vom Tagebau verursachte Schäden zahlen
3. Untätigkeitsklage gegen Sächsisches Oberbergamt: Behörde verzögert seit Monaten Akten-einsicht zum Tagebau Nochten
4. Klimareporter: "Mit der Wünschel-rute auf Wassersuche"



(Foto: ideengruen)

LEAG lässt offenbar absichtlich Kohle ungenutzt, um Tagebaue nicht zu verkleinern

Cottbus/Freiberg, 22.11.2021. Das Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA und private Grundeigentümer fordern von den Bergbehörden einzuschreiten, wenn der Kohlekonzern LEAG bereits teilweise freigelegte Kohle ungenutzt liegen lässt, statt seine Tagebaue zu verkleinern. Ein solches Vorgehen hat die LEAG zum Tagebau Jänschwalde selbst eingeräumt.

„Es kann nicht sein, dass die LEAG auf eigenen Grundstücken Kohle liegen lässt, aber anderen Grundeigentümern mit Enteignung droht. Die Bergbehörde muss einschreiten, weil das Berggesetz dieses Vorgehen als Raubbau verbietet. Wenn weniger Kohle gebraucht wird, muss der Eingriff in Natur und Privateigentum entsprechend verringert werden.“ sagt Rechtsanwalt Dr. Philipp Schulte.

Das Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA hat im Vorfeld des Tagebaues Nochten einen Wald gepachtet, den seine Eigentümer nicht an die LEAG verkaufen wollen. Dem [Brief an das sächsische Oberbergamt](#) haben sich weitere Grundeigentümer im Bereich des Sonderfeldes Mühlrose angeschlossen.

Das Bundesberggesetz verbietet Raubbau an Lagerstätten und erlaubt Grundabtretungen ausdrücklich nur zugunsten eines sinnvollen und planmäßigen Abbaus der Lagerstätte. (§ 79 BBergG)

Laut einem Schreiben der LEAG vom 29.09.2021 an die brandenburgische Bergbehörde LBGR könne nicht vorhergesehen werden, wie viel Restkohlevorrat nach Erreichen der Abbaugrenze im Abbaufeld Jänschwalde verbleiben werde. Das Unternehmen scheint vor allem auf die bisher geplante Gewinnung der dritten Flözbank zu verzichten. Der aus Angaben der LEAG selbst

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

ermittelte Kohlevorrat von 36,7 Mio. t zum 01.01.2021 im Tagebau Jänschwalde sei deshalb für die LEAG nun „nicht mehr maßgebend“.

„Es ist egal ob hier Förderkosten optimiert oder eine Umplanung des Tagebaus eingespart werden soll: die LEAG hat damit jedes Recht verwirkt, in die Grundrechte nicht verkaufswilliger Flächeneigentümer einzugreifen.“ sagt Schuster von der GRÜNEN LIGA.

Der Hintergrund:

Nach Angaben der LEAG im Revierkonzept 2017 selbst befand sich im Tagebau Jänschwalde zum 01.01.2017 noch ein Kohlevorrat von 68 Mio. t. In den darauffolgenden vier Kalenderjahren wurden 7,452 Mio. t, 9,110 Mio. t, 7,350 Mio. t und 7,4 Mio. t gefördert. Es verblieb also rechnerisch ein Vorrat von ca. 36,7 Mio. t zum 01.01.2021. Dieser wird nun von der LEAG als „nicht mehr maßgebend“ bezeichnet, weil sie die früher angegebene Kohlemenge nicht vollständig gewinne.

Seit Februar 2020 gibt die LEAG öffentlich an, durch den gesetzlich festgelegten Kohleausstieg bis 2038 insgesamt 340 Millionen Tonnen Rohbraunkohle weniger gewinnen zu können, als es in ihrem Revierkonzept von 2017 vorgesehen war: Nur dem Verzicht auf 274 Mio. Tonnen sind im „Revierkonzept“ vom Januar 2021 konkreten Abbauflächen zugeordnet. So verzichtet sie mit dem Teilfeld II des Tagebaues Welzow-Süd auf 204 Mio. t (Angabe der Kohlemenge im Braunkohlenplan) und plant den Tagebau Reichwalde um 70 Mio. t zu verkleinern. Es verbleiben weitere 66 Millionen Tonnen, die von der LEAG nicht mehr zum Abbau vorgesehen sind, ohne dass sie den Verzicht auf entsprechende Abbauflächen angibt.

Diese fehlende Transparenz der LEAG-Planungen nährt die Vermutung, dass ein ähnliches Vorgehen wie im Tagebau Jänschwalde auch in anderen Tagebauen der Lausitz stattfindet oder geplant ist. Zugleich bezeichnet die LEAG aber das zusätzliche Abbaufeld Mühlrose als für das Unternehmen unverzichtbar. Eine bergrechtliche Zulassung des Sonderfeldes existiert bisher nicht, der Rahmenbetriebsplan zum Tagebau Nochten ist derzeit ebenso wie die wasserrechtliche Erlaubnis zu diesem Tagebau befristet bis zum 31.12.2026.

2. Streit um Wasserwerk eskaliert: Frankfurter Wasserkunden müssen für vom Tagebau verursachte Schäden zahlen

Seit Jahren sorgen sich die Frankfurter Wasserbetriebe FWA um bergbaubedingt steigende Sulfatwerte in der Spree, deren Uferfiltrat sie im Wasserwerk Briesen gewinnen. Am 20. September hat der Aufsichtsrat der FWA beschlossen, das Wasserwerk in Müllrose zu sanieren, wie die [Märkische Oderzeitung \(MOZ\) am 4. Oktober berichtete](#). Denn die Sulfatbelastung des Trinkwassers für die 65.000 Abnehmer sei anhaltend hoch. Sanierung und Leitungsbau kosten die Wasserwerke zusammen 10 Millionen Euro. Da sich weder das Land, noch LMBV oder der Hauptverursacher LEAG zur anteiligen Übernahme von Kosten bereit erklärt hatten, muss die FWA den Wasserpreis um 19 cent pro Kubikmeter erhöhen, um die Investition zu finanzieren.

Daraufhin richteten die Landtagsabgeordneten Bettina Fortunato und Thomas Domres eine kleine Anfrage an die Landesregierung. Die [Antwort des Umweltministers Axel Vogel \(Grüne\)](#) sorgte für Empörung in Frankfurt: In einer [Pressemitteilung vom 11. November](#) zeigen sich die Wasserbetriebe „fassungslos“:

Stadt und FWA hätten „vehement der immer wieder vorgetragenen Auffassung des LBGR und der Bergbauunternehmen widersprochen, dass der Grenzwert Sulfat im Trinkwasser auch ohne Weiteres überschritten werden könne und dass aktuell kein weiterer Anstieg der Sulfatkonzentration zu befürchten sei.“ Im Gegenteil: „Trotz ergiebiger Niederschläge in diesem Jahr stiegen die Sulfatwerte in der Spree wieder über die Vorjahreswerte. Einher gehen damit die Werte im Trinkwasser, welche in den letzten zwölf Monaten nicht mehr unter 200 mg/l fielen. (...)“

Fakt ist, bei gleicher Fördermenge der Jahre 2010/2011, als Wasser für die damals ansässigen Solarfirmen gebraucht wurde, wäre der Sulfatgrenzwert schon 2019 und fortfolgend überschritten worden. Die Festschreibung des Ministers auf geringere Fördermengen bedeutet nicht mehr und nicht weniger eine massive Einschränkung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der gesamten Region. (...) Minister Vogel ist der erste Umweltminister, der klar ausspricht, dass er keinen Handlungsbedarf hinsichtlich der zunehmenden Sulfatbelastung der Spree sieht, solange nicht mehrfach und nachhaltig der Grenzwert Sulfat in Höhe von 250 mg/l (der deutschen Trinkwasserverordnung) gerissen wurde. (...) So bleiben Stadt und Wasserversorger frustriert in dem Wissen zurück, dass in der aktuellen Landesregierung die Versorgung der Bevölkerung und der

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Wirtschaft mit ausreichendem und sauberem Trinkwasser eine deutlich untergeordnete Rolle spielt.“
Am 13. November [berichtete die MOZ ausführlich](#).

Die Umweltgruppe Cottbus hat bereits im Juni in einer [fachlichen Stellungnahme](#) darauf hingewiesen, wie die [Gefährdungsbeurteilung zum Wasserwerk Briesen](#) geschönt wurde: In den betrachteten acht Gefährdungsszenarien wurden lediglich „sehr wahrscheinliche“, „mögliche“ und „unwahrscheinliche“ Ereignisse verglichen. Als „wahrscheinlich“ definierte erhöhte Sulfatwerte (also was seltener als alle zwei und häufiger als alle zehn Jahre auftritt) wurden so einfach ausgeblendet. Brachte dieser Statistik-Trick die Landesbehörden dazu „keinen Handlungsbedarf“ zu sehen? Zudem wird der Betriebszustand „Trocken“ als seltenes und unwahrscheinliches Ereignis hingestellt, obwohl er nur als „50% geringere Grundwasserneubildung als im Normalzustand“ definiert ist und praktisch jederzeit auftreten kann.

Am vergangenen Donnerstag (18. November) beschloss der Brandenburger Landtag den nebulösen [Auftrag an die Landesregierung](#), Gespräche zur langfristigen Sicherung der Trinkwasserversorgung in Großraum Frankfurt (Oder) fortzusetzen. Was für Gespräche das sein sollen und ob dabei das Verursacherprinzip eine Rolle spielt, lässt der Beschluss allerdings offen. Die Frankfurter Grünenpolitikerin [Sahra Damus mahnt zumindest an](#), dass die Gespräche „unverzüglich“ weitergeführt werden müssen.

3. Untätigkeitsklage gegen Sächsisches Oberbergamt: Behörde verzögert seit Monaten Akteneinsicht zum Tagebau Nochten

Cottbus/Chemnitz, 16.11.2021. Das Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA hat beim Verwaltungsgericht Chemnitz eine [Untätigkeitsklage](#) gegen das sächsische Oberbergamt eingereicht. Die Behörde hat eine schon am 3. Mai 2021 beantragte Akteneinsicht zu Folgen des Tagebaues Nochten auf Grundwasser und Schutzgebiete bis heute nicht ermöglicht.

„Mit fadenscheinigen Begründungen wird seit nunmehr sechs Monaten eine Akteneinsicht verzögert, für die das Amt laut Gesetz maximal zwei Monate Zeit hat. Wir haben bei Gericht beantragt, das Oberbergamt zur Übermittlung der beantragten Umweltinformationen zu verurteilen.“ sagt der mit dem Verfahren betraute Rechtsanwalt Dr. Philipp Schulte.

„Es entsteht der Eindruck, das Oberbergamt möchte zum Braunkohletagebau Nochten unbedingt etwas verbergen. Dem werden wir in jedem Fall weiter nachgehen.“ sagt René Schuster von der GRÜNEN LIGA.

Der Tagebau Nochten in Nordostsachsen senkt weiträumig das Grundwasser ab und beeinflusst so auch mehrere europäische Schutzgebiete. Er ist zudem die größte Quelle der Sulfatbelastung der Spree, die sich auf die Trinkwassergewinnung für Berlin und Frankfurt(Oder) auswirkt. Seit 2016 wird er vom Unternehmen LEAG des tschechischen Milliardärs Daniel Kretinský betrieben.

Der freie Zugang zu Umweltinformationen war eine der Kernforderungen der DDR-Umweltbewegung, aus der Anfang 1990 die GRÜNE LIGA gegründet wurde. „Es ist erschreckend, welche Missstände auf diesem Gebiet auch 31 Jahre später immer noch bestehen!“ bewertet Schuster den Vorgang. Im Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA erfüllt die Umweltgruppe Cottbus die Funktion einer Bundeskontaktstelle für das Thema Braunkohle.

4. Klimareporter: "Mit der Wünschelrute auf Wassersuche"

Jörg Staude von Nachrichtenportal klimareporter.de hat eine Tagung zum Wasserhaushalt der Lausitz miterlebt und schildert sie aus seiner Sicht. Am 16.11.2021 erschien sein Artikel ["Mit der Wünschelrute auf Wassersuche"](#).

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--